



Kristin Meißner

STRATEGISCHE EXPERTEN

*Die imperialpolitische Rolle von ausländischen
Beratern in Meiji-Japan (1868 - 1912)*

campus

Strategische Experten

Kristin Meißner, Dr. phil., promovierte an der Freien Universität Berlin.

Kristin Meißner

Strategische Experten

Die imperialpolitische Rolle von ausländischen Beratern
in Meiji-Japan (1868–1912)

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Dissertation der Freien Universität Berlin

In Erinnerung an Marina Maruhn

ISBN 978-3-593-50951-8 Print

ISBN 978-3-593-44005-7 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2018 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Japanisches Außenministerium [1871–1877, ehemalige Kuroda-Residenz] © Tamai/Ishiguro (Hg.), Yomigaeru Meiji no Tōkyō, 1992, S. 66.

Satz: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Einleitung.....	7
1. Über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik (1850–1910)	34
1.1 Elemente und Etappen eines handlungsleitenden Diskurses.....	34
Bildungskritik als Elitenkritik um 1850.....	34
Die politische Vision des gestaltbaren Fortschritts um 1870	41
Politisch involvierte Eliten in Abgrenzung zur »Masse«	60
1.2 Die Ideologie der neutralen Expertise	73
Forschungsperspektiven	75
Die Autonomie der Wissenschaft als Begründung ihrer politischen Funktion	85
Indirekte Politik und die Sozialfigur des Experten	96
2. »Der richtige Mann am richtigen Platze«: <i>Oyatoi</i> -Ingenieure in Meiji-Japan	117
2.1 Einleitender Überblick und Fragestellungen	117
2.2 Die Mittelsmann-Strategie im Wandel imperialpolitischer Bedingungen.....	124
Die imperialpolitische Rolle von Ingenieuren in den 1870er Jahren.....	128
<i>Oyatoi</i> -Ingenieure und die handelspolitische Bedeutung von Vertrauen in den 1880er Jahren	157
Grenzen des Wissenstransfers: Ingenieure als Wirtschaftsagenten um 1900.....	190

3. <i>Oyatoi</i> -Rechtsexperten für und wider den informellen Imperialismus.....	207
3.1 Vom (Un-)Recht der ungleichen Verträge	207
Rechtsentwicklungen im 19. Jahrhundert.....	212
Der Zivilisationsstandard als perspektivische Rechtskategorie. <i>Oyatoi</i> -Rechtsexperten und die japanischen Revisionsbemühungen.....	226
3.2 Imperiale Einflussnahmen über <i>Oyatoi</i> -Experten: Japan in Taiwan und Korea	262
<i>Oyatoi</i> -Strategien im Kontext der Taiwan-Expedition	267
Experten für Korea	275
4. »Käufliche Federn«: <i>Oyatoi</i> als Agenten der Meiji-Pressediplomatie	298
4.1 Öffentlichkeit als (außen-)politischer Faktor in Deutschland und Großbritannien	299
4.2 Die Meiji-Pressediplomatie	325
Schlussbetrachtung: Strategische Experten	375
Quellen und Literatur	388
Dank.....	412

Einleitung

»The fetish of today is neither royalty nor religion. [...] The sacrosanct fetish of today is science.«¹

»Japan takes the lead over all of the countries of the world«² schrieb der Ostasienkorrespondent des *Los Angeles Herald*, Frederic Haskin, 1909. Haskin bezog sich hier nicht auf die politische oder wirtschaftliche Stärke Japans, die trotz der beschleunigten Industrialisierung und der militärischen Triumphe über China (1895) und Russland (1905) im internationalen Vergleich hinter den westlichen Weltmächten zurückblieb. Mit dieser Aussage verwies er auf neuartige diplomatische Strategien der Meiji-Außenpolitik, deren informelle Methoden er als derart progressive und innovativ bewertete, dass er selbst ausgewiesenen Experten der internationalen Diplomatie Kenntnisse hierüber absprach. Haskin nahm konkret Bezug auf die jahrzehntelange Beeinflussung der westlichen Japanberichterstattung vor und um 1900, in deren Rahmen das japanische Außenministerium zahlreiche Agenten informell beauftragte, in europäischen und U.S.-amerikanischen Medien zu vorgegebenen Themen zu publizieren. Diese Agenten wurden, wie die vorliegende Studie nachweist, zu großen Teilen aus den Reihen der ausländischen Berater im Dienst der Meiji-Regierung engagiert. Mit innovativen Strategien, die neue politische Einflussfaktoren wie Öffentlichkeit und Wissenschaft einbezogen, suchte die Meiji-Regierung das Problem der politisch-wirtschaftlichen Diskriminierung Japans im Kontext des informellen Imperialismus in Ostasien zu lösen, dessen Strukturen auf einer Spaltung diplomatischer Rhetorik von informellen Agenden gründeten.

Die Revision der ungleichen Handelsverträge, die die USA und zahlreiche europäische Regierungen Japan zwischen 1854 und 1867 unter militärischen Drohungen aufzwingen, war das zentrale Motiv, nach welches hin die Meiji-Innen- und Außenpolitik vor der Jahrhundertwende orientiert war. In Antwort auf die vertragsrechtlichen Bestimmungen und mit dem

1 Conrad, *The Secret Agent*, 1907, S. 41f.

2 Haskin, *The Empire of Japan*, 7.10.1909.

Ziel, Japan wirtschaftlich und militärisch zu stärken, reformierte die Meiji-Regierung die japanische Gesellschaft entlang ökonomisch-rechtlicher Standards des Westens. Im Zuge der Integration Japans in die westliche Weltordnung antworteten japanische Verantwortliche auch auf die machtpolitischen Implikationen dieser Weltordnung. So waren, anders als Haskin es einschätzte, Methoden indirekter Politik, die auf die Trennung von öffentlicher Repräsentation und informellen Agenden aufbauten, kein japanisches Novum. Die vorliegende Studie erörtert, wie viele in den informellen Imperialismus in Japan bzw. Ostasien involvierte Regierungen die ausländischen Berater im Dienst der Meiji-Regierung inoffiziell für diplomatische Zwecke einspannten und vermittels der wissenschaftlichen Autorität der Experten die Legitimität politischer Vorgänge zu erhöhen suchten. Das im Rahmen der akademischen Professionalisierung stilisierte Ideal der reinen Wissenschaft, das implizierte, dass Wissenschaftler unparteiisch und objektiv urteilten, übertrug sich auf die Sozialfigur des Experten und bestimmte deren öffentliches Profil, auch wenn Experten politischen oder wirtschaftlichen Agenden zuarbeiteten. Mithilfe des akademischen Renommées der Experten erweiterten politische Akteure imperialpolitische Handlungsräume vor allem dort, wo die Legitimität imperialpolitischer Agenden in Frage stand und suggerierten Vertrauen in einer durch machtpolitische Antagonismen erhöhten Misstrauensatmosphäre, die die diplomatischen Handlungsbedingungen im Kontext des informellen Imperialismus in Japan bzw. Ostasien prägte.

Die ungleichen Verträge und das Oyatoi-gaikokujin-System

Die nachteiligen Bestimmungen der »Freundschafts- und Handelsverträge«, die die Tokugawa-Regierung mit zahlreichen westlichen Staaten 1854–1867 schloss,³ führten zu intensiven innenpolitischen Auseinandersetzungen mit der Frage, welchen politischen Kurs Japan einschlagen solle. Mit den Verträgen wurden mit Militärreichweiten bemessene internationale Machtasymmetrien in rechtliche Kodifikationen übersetzt und hierdurch ein langfristiges Asymmetrieverhältnis Japans zu den Vertragsmächten begründet. Das *Ansei*-Vertragssystem bedingte die wirtschaftliche und politische Benachteiligung Japans durch (1) ungleiche Tarifbestimmungen, (2) den Zwang zur Öffnung von Handelshäfen, wo (3) die residierenden aus-

³ Vgl. Auslin, *Negotiating with Imperialism*, 2004, Kleinschmidt, *Das europäische Völkerrecht*, 2007.

ländischen Händler einen extritorialen Status besaßen und somit unter dem Schutz von Konsulatsgerichten, die die westlichen Handelsinteressen stützten und parteilich waren, standen. Schließlich wurde die Souveränität Japans dadurch beschnitten, dass (4) japanischen Verantwortlichen individuelle Verhandlungen mit Vertragspartnern durch die Meistbegünstigungsklausel verwehrt wurden, was den einflussreichsten Vertragsmächten erlaubte, das Vertragssystem und darin begründete asymmetrische Bedingungen nach ihrem Ermessen aufrechtzuerhalten.

In der Auseinandersetzung mit der Frage, wie man die politisch-wirtschaftliche Diskriminierung Japans überwinden könne, spalteten sich die politischen Lager, wobei die reformorientierten Gegner des Tokugawa-Shōgunats Oberhand gewannen und mit einem politischen Umsturz das Kaisertum wiedereinstzten. Um die Verträge so schnell wie möglich revidieren zu können, machte die neue Regierung im Rahmen der Meiji-Reformation 1868 die internationale Öffnung Japans zu einer *Maxime*⁴ und integrierte Japan sukzessive in die westliche Weltordnung, während die außenpolitischen Bindungen an das sinozentrische Weltsystem, das sich im Kräftevergleich mit dem Westen als unterlegen erwies, gelöst wurden. Im Zuge eines extensiven Reformprogramms zentralisierte die Meiji-Regierung die politische Ordnung, reformierte japanische Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsinstitutionen entlang westlicher Modelle, verkündete 1889 eine nationale Verfassung und realisierte Imperialagenden in Ostasien. Für die effektive Umsetzung des Reformprogramms akquirierte die Meiji-Regierung auf vielfachen Wegen Spezialwissen zu umfassenden Themengebieten. Neben der Übersetzung von Standardwerken westlicher Gesellschaftstheorie und dem Studium japanischer Entscheidungsträger und Studenten in Europa, war das *Oyatoi gaikokujin*-System (jap.: ausländische Angestellte) ein zentraler Kanal des Wissenserwerbs. Im Rahmen dieses Systems heuerte die Meiji-Regierung zwischen 1868 und 1912 ca. 2.500 Arbeitskräfte überwiegend aus dem Westen an. Etwa ein Fünftel dieser *Oyatoi* waren hochqualifizierte Experten, die als Berater der Ministerien Reformen assistierten, Bauprojekte leiteten oder als Professoren an den Universitäten Studenten unterrichteten und für die effektive und effiziente Umsetzung der Meiji-Reformagenden von hoher Bedeutung waren. Für ihre Arbeit in und für Japan erhielten die Experten-*Oyatoi* im Vergleich zu westlichen Stan-

4 Als eine Herrschaftsmaxime bestimmte die Meiji-Regierung: »Knowledge shall be sought throughout the world so as to strengthen the foundations of Imperial rule«, vgl. de Bary (Hg.), *Sources of Japanese Tradition*, Bd. 2, 2005, S. 672.

dards doppelt bis dreifach hohe Gehälter und es waren gerade diese Spezialisten, deren Arbeitsverträge oft nach Ablauf der üblichen Dauer von drei Jahren verlängert wurden.⁵ Experten wie der deutsche Rechtsprofessor Hermann Roesler (in japanischem Dienst von 1878–1893), der britische Marineingenieur Francis Brinkley (1867–1912) oder der U.S.-amerikanische Diplomat Durham W. Stevens (1883–1908) waren Jahrzehnte, teilweise ein halbes Leben lang für die Meiji-Regierung tätig. Während solche langjährigen sachverständigen Angestellten aufgrund tiefergehender Kenntnisse Japans, persönlicher Beziehungen zur Meiji-Elite und nicht zuletzt aufgrund der hohen Gehälter, jene projapanischen Loyalitäten aufbauten, die den Meiji-Strategen dazu verhalfen, Experten-*Oyatoi* für informelle außenpolitische Dienste vertrauensvoll einsetzen zu können, nutzten umgekehrt auch westliche Diplomaten *Oyatoi* als inoffizielle Agenten, um Einflussnahmen zu erwirken, die den Diplomaten im Rahmen der vertraglichen Freihandelslogik verwehrt waren. Solche informellen politischen *Oyatoi*-Dienste, die diese Studie zum Gegenstand hat, wurden von der Forschung bisher noch nicht systematisch erfasst.

Die Forschung zu den *Oyatoi gaikokujin* erlebte eine Hochphase zwischen den 1960er und 1990er Jahren und wurde seitdem wenig aktualisiert. Frühe Forschungsinteressen waren einerseits von dem Motiv belebt, bilaterale Beziehungen durch die Profilierung historischer Verbindungen zu stärken, weshalb z.B. eine Forschungsk Kooperation der Fukui Universität und Rutgers Universität das offizielle Wirken U.S.-amerikanischer *Oyatoi* in Meiji-Japan gut erforscht hat.⁶ In der planmäßigen Meiji-Modernisierung sah man Vorformen späterer Entwicklungspolitiken und untersuchte unter diesem Blickwinkel auch die *Oyatoi*-Wirksamkeiten. Die frühe *Oyatoi*-Forschung erfasste die Akteursgruppe der *Oyatoi* gemäß der nationalmethodologischen Ausrichtung historischer Analysen in nationalen Gruppen und war von modernisierungstheoretischen Prämissen sowie eurozentrischen Vorstellungen geprägt. Unter diesen Perspektiven erörterten westliche His-

5 Durchschnittlich verdienten Regierungsberater und Professoren pro Monat 400 Yen. 1885 war 1 Yen etwa 3,70 Mark wert. Mit der Erstattung von Wohn- und Reisekosten betrug die Höhe der Gehälter der Spezialisten etwa die eines preußischen Regierungspräsidenten. Die Meiji-Beamten hatten ein den Experten-*Oyatoi* äquivalentes Einkommen, vgl. Becker (Hg.), *Georg Michaelis*, 2001, S. 69, Anm. 35; Jones, *Live Machines*, 1980, S. 165, 175.

6 Aus der Forschungsk Kooperation der Rutgers Universität und der Fukui Universität in den 1960er Jahren ging der Sammelband Burks (Hg.), *The Modernizers*, 1985 hervor. Vgl. auch Iriye/Beauchamp (Hg.), *Foreign Employees*, 1990.

toriker die Frage, zu welchem Grad der japanische Modernisierungserfolg auf westlichen Einflüssen basierte, wobei westliches Wissen bzw. Wissenschaft positivistisch als Antriebskraft für Innovation und Modernität gesetzt wurde. Von diversen nationalen Blickwinkeln aus beschrieben Historiker die Meiji-Modernisierung als bilaterale Beziehungsgeschichte⁷ und gleichermaßen als unilaterale Transfergeschichte, in deren Rahmen den *Oyatoi* die Rolle von Proto-Entwicklungshelfern, Kulturvermittlern und Pionieren diplomatisch-kultureller Beziehungen zugeschrieben wurde.⁸ Die Bedeutung der *Oyatoi* wurde hier nicht selten, ähnlich wie in manchen Selbstzeugnissen von *Oyatoi*, insofern überschätzt, als man die Experten-*Oyatoi* als Initiatoren der japanischen Moderne interpretierte.

Über solche modernisierungstheoretischen Deutungen hinaus weisen die Studien von Umetani Noboru und Hazel Jones sowie die von japanischen Historikern herausgegebene 17bändige Reihe »*Oyatoi gaikokujin*«. Diese Forschungsbeiträge entkommen dem national formatierten Blick, akzentuieren die japanischen Verantwortlichkeiten im Modernisierungsprozess und erfassen das *Oyatoi*-System als Ganzes, wobei die Reihe »*Oyatoi gaikokujin*« das *Oyatoi*-Phänomen sinnvollerweise nach Professionsfeldern untergliederte. Im Rahmen der Reihe hat Imai Shōji in »*Oyatoi gaikokujin gaiko*« sich mit *Oyatoi*, die für die Meiji-Diplomatie tätig waren, befasst. Er widmete sich den vom japanischen Außenministerium angestellten Beratern (z.B. Erasmus P. Smith, Alexander von Siebold, Durham W. Stevens), ihren diplomatischen Expertisen und Vermittlungstätigkeiten. Informelle politische Beauftragungen von *Oyatoi* abseits der offiziellen Arbeitsaufträge erfasste Imai – ebenso wie Umetani und Jones – nicht.⁹ Die Studien von Umetani und Jones, die sich wie die »*Oyatoi gaikokujin*«-Reihe auf einflussreiche *Oyatoi* konzentrieren und diese nicht in nationale Gruppen unterscheiden, prägten mit ihren quantitativen Datensammlungen und ihrer qualitativen Bewertung der *Oyatoi*-Rolle die Forschung nachhaltig. Angesichts der Kontrolle, die die Meiji-Beamten bei den Modernisierungsreformen bewahrten, einten sie sich auf den Quellenbegriff »*living machines*«, um damit den geringen politischen Einfluss der *Oyatoi* und ihre passive

7 Vgl. z.B. Checkland, *Britain's Encounter*, 1989; Martin, *The German Role*, 1990; Martin, *Japan and Germany*, 1995, S. 17–139; Wippich, *German Measles*, 1995; Schenck, *Der deutsche Anteil*, 1997; Jaluzot, *Les origines du Code civil japonais*, 2015.

8 Vgl. Burks, *The Yatoi Phenomenon*, 1990; Fujita, *American Pioneers*, 1994; Hoppner/Sekikawa (Hg.), *Brückenbauer*, 2005.

9 Imai, *Oyatoi gaikokujin gaiko*, 1975; *Oyatoi gaikokujin*, 1968–1976, 17 Bde.

Rolle im Arbeitsverhältnis zu den japanischen Vorgesetzten zu bezeichnen. So resümierte Umetani Noboru: »the hired foreigners were nothing more than »the living machinery« to aid in the modernization« und auch Hazel Jones bestätigte in ihrer Studie »Live Machines« diese Bewertung der *Oyatoi*-Rolle angesichts grundlegender »limitations placed on their performance«:

»They were live machines for factories, farms, railways, mines, ships, arsenals, schools, and government offices. They were to be regulated by contracts and oiled with special treatment for maximum use. [...] These live machines and books provided the manual tools and instruments of knowledge for the New Japan. The mass of informants served as memory bank. The living reference books were file cabinets and computing machines.«¹⁰

Während diese Bewertung in quantitativer Hinsicht und für die offiziellen Tätigkeiten der *Oyatoi* sowie die Wahrnehmung der funktionalen *Oyatoi*-Rolle aufseiten der japanischen Vorgesetzten unabweisbar ist, wird sie doch nicht der imperialpolitischen Rolle einflussreicher Experten, die sich vor allem über deren bisher kaum untersuchten informellen Aufträge und Tätigkeiten herleitete, gerecht. Neuere Studien berücksichtigen die imperialen Strukturen, in die die *Oyatoi*-Tätigkeiten eingefasst waren, beantworten aber eher wissens- und kulturgeschichtliche Fragestellungen.¹¹ Auch Hoi-Eun Kim bezieht sich in »Doctors of Empire« auf den imperialpolitischen Kontext. Er untersucht Netzwerke und Wirksamkeiten von deutschen und japanischen Medizinerinnen und erörtert, inwiefern das getauschte Wissen imperial konfiguriert war bzw. imperialen Einfluss übte. Dabei bleiben jedoch imperialpolitische Agenden involvierter Regierungen im Hintergrund, – für Deutschland konstatiert Kim z.B., dass der deutsche Einfluss in Japan über *Oyatoi* allein eine kulturpolitische *Soft-Power*-Qualität besaß – und politische Aktivitäten von *Oyatoi* werden nicht erfasst.¹² Die vorliegende Studie setzt dort an, wo z.B. Kims Fokus auf bilaterale Beziehungen im Kontext der Medizinprofession an Grenzen stößt, d.h. an der Verortung der *Oyatoi*-Rolle im Schnittbereich multilateraler Imperialinteressen in Japan. Durch diesen Fokus werden nicht nur realpolitische Agenden u.a. der deutschen Politik, der oft ein lediglich kulturpolitisches Engagement in Meiji-Japan zugeschrieben wird,¹³ erkennbar. Auch die von der *Oyatoi*-Forschung bisher nur als gering bewerteten politischen Wirksamkeiten von *Oyatoi* werden

10 Umetani, *Role of Foreign Employees*, 1971, S. 88; Jones, *Live Machines*, 1980, S. 125f.

11 Clancey, *Earthquake Nation*, 2006; Kikuchi, *Anglo-American Connections*, 2013.

12 Kim, *Doctors of Empire*, 2014.

13 Grimmer-Solem, Hochschulpolitik, 2010.

sichtbar sowie die imperialen Bedingungen dieser Tätigkeiten. Die vorliegende Studie möchte einen Beitrag zur *Oyatoi*-Forschung dadurch leisten, dass informelle Aufträge und Tätigkeiten der Experten systematisch untersucht und in den Kontext des informellen Imperialismus, der – soweit es mein Überblick erlaubt – bisher noch nicht auf das *Oyatoi*-Phänomen bezogen wurde, eingeordnet werden. Als sehr aufschlussreich für diesen Untersuchungsansatz erweist sich die biographische *Oyatoi*-Forschung,¹⁴ in deren Rahmen Nachlässe erforscht und vereinzelt Hinweise auf informelle Aufträge gegeben wurden, ohne diese bisher in einen Zusammenhang mit dem *Oyatoi*-Phänomen als Ganzem gebracht zu haben. Zu zeigen, dass die informelle Beauftragung zahlreicher *Oyatoi* auf das Engste mit den Strukturen des informellen Imperialismus zusammenhing und Experten-*Oyatoi* von vielen Seiten des internationalen Positionsgflechts in Japan bzw. Ostasien als strategische, imperialpolitische Agenten eingesetzt wurden, ist Ziel und Gegenstand der vorliegenden Studie.

Diplomatische Handlungsbedingungen im informellen Imperialismus in Japan

Die diplomatischen Handlungsräume in Meiji-Japan waren bis zur Revision der ungleichen Verträge in den 1890er Jahren durch die Strukturen des informellen Imperialismus bedingt, dessen Gefüge primär darin bestand, dass keine der Vertragsmächte formelle politische Macht besaß und Japan offiziell als politisch souverän galt, auch wenn die »Freundschafts- und Handelsverträge« wichtige Kompetenzen der japanischen Regierung für die Kontrolle der Vorgänge im eigenen Land beschnitten. Über die Verträge wurden Freihandelsbeziehungen vereinbart, die suggerierten, dass ein rein wirtschaftlicher Handelsverkehr ohne politische Intervention auf gleichen Bedingungen und Freiwilligkeit der Vertragsparteien basierte. Die Verträge enthielten Verweise auf die »Souveränität« Japans und teilweise auch die Formulierung »reziproker« Bestimmungen. Diese Reziprozitäten aber waren, wie z.B. Harald Kleinschmidt zeigte, nur »Lippenbekenntnisse«, die von den Vertragsmächten bewusst ignoriert wurden.¹⁵ Schließlich war die

14 Vgl. Miyoshi, *Henry Dyer*, 2004; Higuchi, *Henry Spencer Palmer*, 2002.

15 So z.B. im norddeutsch-japanischen Vertrag: vgl. Kleinschmidt, *Das europäische Völkerrecht*, 2007, S. 48, 63. Reziproke Bestimmungen, mit denen japanische Verantwortliche versuchten, vor dem Beginn der Revisionsverhandlungen (1872) die Ungleichheitsstruktur der Verträge zu durchbrechen, konnten gleichzeitig formuliert und ignoriert werden, da die Meistbegünstigungsklausel die Uniformität der günstigsten Bedingungen für das euroamerikanische Kollektiv absicherte.

internationale Diskriminierung Japans in einer Praxis diverser Rechtsbeugungen begründet. Da das internationale Recht des Westens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Zuge von neuen globalen Beziehungskonstellationen im Wandel begriffen und kein kodifikatorisch stichhaltiges Regelwerk war, luden kategorische Unschärfen zu Rechtsmanipulationen ein, mit denen Diskriminierungspraktiken gerechtfertigt wurden.¹⁶ Die Bemühungen von *Oyatoi*-Rechtsexperten wie Eli Sheppard, Gustave Boissonade, Hermann Roesler oder Lorenz von Stein und später von japanischen Rechtsexperten wie Senga Tsurutaro oder Takahashi Sakue lagen darin, rechtlich illegitime Praktiken aufzuzeigen wie z.B. die Konsulargerichtsbarkeit, in deren Rahmen Rechtsverstöße von ausländischen Residenten nicht von japanischen Richtern, sondern von westlichen Diplomaten, die alles andere als unparteilich waren, beurteilt wurden. Diese Bestimmung begünstigte u.a., dass die handelsimperialen Interessen ausländischer Händler in den Vertragshäfen von den Diplomaten gestützt und geschützt werden konnten.

Die benachteiligte Position Japans war in vielerlei Hinsicht rechtlich nicht legitimiert und mit dem Argument des Zivilisationsstandards begründet, das selbst nur eine vage definierte und äußerst perspektivische internationalrechtliche Kategorie war. In der Unterstellung mangelnder zivilisatorischer Standards in Japan, d.h. in erster Linie der Abwesenheit eines anerkannten Rechtssystems, erwirkten die Vertragsmächte jedoch vor allem auf der Basis kooperativen Vorgehens und überlegener Militärtechnologien die Durchsetzung ihrer als universales Recht repräsentierten Diskriminierungspolitik. Das zentral positionierte Zivilisationsargument führte zu einer Diskrepanz zwischen der diplomatischen Rhetorik des Freihandels und der Zivilisierungsmission einerseits und einer Praxis der manipulierenden Einflussnahmen und handelspolitischen Übervorteilungen andererseits. Die Diskrepanz der diplomatischen Repräsentation zu machtpolitischen/kapitalistischen Praktiken verdichtete sich vor allem darin, dass die Rhetorik des Freihandels und der Zivilisierungsmission normative Aussagen enthielt, die auf die ethische Hoheit des westlichen Völkerrechts verwiesen. So wurde z.B. Japans handelspolitische »Öffnung« 1854 mit dem Verweis auf die ethische Pflicht zur Teilnahme am Welthandel forciert. Gleichermäßen bezeichnete die Zivilisierungsmission eine benevolente Entwicklungshilfe qua Wissens- und Technologietransfers. Die meijizeitlichen Wissenstrans-

16 Vgl. Kennedy, *International Law*, 1998; Becker Lorca, *Universal International Law*, 2010; Howland, *Japanese Sovereignty*, 2016.

fers folgten jedoch den Parametern wirtschaftlich-politischer Hegemonialinteressen der Vertragsmächte, im Rahmen derer japanisches Wirtschaftswachstum nur soweit stimuliert wurde, als dieses den Agenden der Vertragsmächte diente. Die Dichotomie von Repräsentation und Praxis, welche die Meiji-Regierung im Rahmen ihrer Expansionspolitik in Ostasien ebenso bewusst einsetzte und dabei sich z.B. der Deutungshegemonie des westlichen Internationalrechts instrumentell bediente, ging einher mit informellen Handlungsweisen der involvierten Regierungen, mit denen politische Akteure Handlungsräume erweiterten, die durch die offizielle Vertragslogik und hierdurch gesetzte Bestimmungen legitimer Vorgehensweisen begrenzt waren. Gleichzeitig enthielten die ungleichen Verträge logische Ambivalenzen, die einen Freihandelsimperialismus begünstigten. Die durch die Freihandelslogik bedingte Illegitimität diplomatischer Einflussnahmen der Vertragsmächte auf den bilateralen Handel mit Japan erhöhte sich dabei in dem Maße, in dem sich die relativen Machtpositionen der Vertragsparteien veränderten und multilaterale Agenden kollidierten.

Die internationale Begegnungskonstellation in Japan war geprägt von multilateralen Interessensagenden. In dem komplexen Motivgefüge waren internationale Konkurrenzen und Kooperationen weder entlang vertraglicher Positionen determiniert, noch statisch oder eindimensional. Je nach zeitlichem oder thematischem Kontext positionierten sich die Vertragsmächte mal kooperativ gegen Japan, mal spielten sie Nationalinteressen gegen andere Vertragsmächte aus, während umgekehrt die Meiji-Regierung die westliche Handelskonkurrenz für sich nutzte und hierüber politische Interessen durchsetzte. Für die Durchsetzung nationaler Interessen bedeutete die multiperspektivische Motivlage, dass diplomatische Manöverräume nur innerhalb des eng verflochtenen Interessengefüges abgesteckt werden konnten. Im Verlauf der Meiji-Modernisierung und im Zuge der Anpassung japanischer Repräsentanten an die formellen, wie informellen Methoden internationaler Diplomatie, veränderten sich die relativen Machtpositionen und damit auch die Bewertung dessen, was in der internationalen Beziehungslogik als angemessen galt und was nicht. Diese Beziehungslogik war vom größeren Kontext der internationalen Konkurrenzen in Ostasien beeinflusst, nach welchem jedwedes Einflussstreben der Vertragsmächte in Japan implizit auch mit Imperialagenden in Ostasien verbunden wurde. Hatte die britische Diplomatie z.B. in den 1870er Jahren aufgrund instabiler Infrastrukturen in Japan und geringer Handelskonkurrenzen relativ ungehindert Handelsvorteile erwirken können, wurde im Zuge der steigenden

europäischen Handelskonkurrenz in den 1880er Jahren der gegenseitige Verdacht auf politische Intervention im Handlungsfeld und die Unterstellung politischer Motive zu einem brisanten Politikum der diplomatischen Begegnung. Während der Wandel der internationalen Verhältnisse in Japan/Ostasien mit einer gesteigerten Misstrauensatmosphäre einherging, mussten die Vertragsmächte zunehmend die Ansprüche japanischer Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft beantworten, die sich von den Vermittlungen der westlichen Diplomaten und Handelshäuser in Japan lösten. Einhergehend mit der Verengung imperialpolitischer Spielräume bewertete sich die Angemessenheit¹⁷ und Legitimität diplomatischer Vorgehensweisen neu und Vertrauensgenerierung sowie diplomatische Responsivität wurden zu strategisch wichtigen Handlungsressourcen für die Durchsetzung nationaler Interessen. Diplomatisches Misstrauen war eine allseitige Handlungsprämisse in Meiji-Japan, das sich durch die lang verwehrte Vertragsrevision weiterhin verdichtete. Für die Realisierung politischer Interessen im komplexen Positionsgeflecht des informellen Imperialismus in Japan bzw. Ostasien, der verschiedene Handlungsebenen des Rechts-, Handels- und Diskursimperialismus umspann, gewannen unter der Bedingung der gesteigerten Öffentlichkeit politischer Vorgänge, Narrative und Repräsentationen an Bedeutung und damit auch die öffentliche Fürsprache bzw. Stellvertretung von wissenschaftlichen Experten, deren akademisches Renommée im *scientific age* perspektivischen Aussagen Objektivität verlieh und die öffentliche Glaubwürdigkeit politischer Narrative steigerte.

Die historische Forschung hat den informellen Imperialismus vor allem als Handelsimperialismus, der die internationalen Beziehungen europäischer Mächte u.a. zu lateinamerikanischen und ostasiatischen Staaten im 19. Jahrhundert prägte, bestimmt. Demnach erzwangen sich militärisch überlegene Mächte Europas mit ungleichen Handelsverträgen Zugang zu den Märkten unterlegener Staaten, denen sie rechtlich zwar staatliche Souveränität zuerkannten, faktisch deren politische Unabhängigkeit jedoch einschränkten.¹⁸ Während die Vertragsmächte von dem Freihandelsimperialismus z.B. durch niedrige Tarife profitierten, setzten sie diesen entgegen der Freihandelsprämisse mit politischen Mitteln durch bzw. hielten die imperiale Bedingung auf diese Weise aufrecht. Der Ambivalenz zwischen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen des informellen Imperialismus' haben

17 Vgl. Krasner, *Power, the State, and Sovereignty*, 2009; Hymans, *Why Recognize?*, 2014.

18 Vgl. Burbank/Cooper, *Empires in World History*, 2010, S. 294.

Ronald Robinson und John Gallagher 1953 mit dem Konzept des *free trade imperialism* Rechnung getragen, mit dem sie die machtpolitischen, d.h. strategischen Fundamente des Freihandelsimperialismus betonten und so eine *realistische* Interpretation im Rahmen der Theorie der Internationalen Beziehungen stärkten.¹⁹ Nachfolgende Untersuchungen diskutierten anhand imperialgeschichtlicher Prozesse Fragen der Nationsbildung und der internationalen Integration. Der europäische Imperialismus wurde deutlicher *idealistisch* interpretiert und Transformationen der nicht-europäischen Welt entlang der Parameter der europäischen Moderne als eine positive Wirkung beschrieben.²⁰ Solchen Interpretationen lag nicht selten die Annahme zugrunde, die europäische Moderne sei ein Sonderweg, auf dessen imperialpolitischen Pfaden nicht-europäische Gesellschaften überlegene Technologien, Institutionen und Werte aneigneten.²¹ Im Rahmen der *postcolonial studies* der letzten Jahrzehnte wurden wieder *realistische* Bewertungen gestärkt und auf die machtpolitischen Fundamente des europäischen Imperialismus fokussiert, wobei allerdings der informelle Imperialismus konzeptuell wenig durchleuchtet wurde. Als eine rare konzeptuelle Studie zum informellen Imperialismus hat jüngst Gregory Barton mit »Informal Empire and the Rise of One World Culture« (2014) wieder eine eurozentrisch anmutende Erfolgsgeschichte verfasst. Unter der zentralen Fragestellung »Why is the world Western?« möchte Barton die »configuration of the modern world« dadurch verstehbar machen, dass er anhand des informellen Imperialismus erörtert, »how elites in certain locations, primarily Britain and then the United States, have influenced the formation of elites and structures that they have built«. Die Herausbildung der »one world culture« sei ein weltweiter Elitenbildungsprozess gewesen, mit dem die »abolition of cultures around the world« einherging und getragen war von dem »export«

19 Vgl. Gallagher/Robinson, *Imperialism of Free Trade*, 1953. Robinson und Gallagher verwiesen mit dem Konzept auf eine qualitative Kontinuität europäischer Imperialpolitiken im 19. Jahrhundert, in denen politische und wirtschaftliche Motive verflochten waren, und wenden sich gegen die Einschätzung, dass ein schwacher, auf Handel basierender viktorianischer Imperialismus sich qualitativ von einem *new imperialism*, der unter der Bedingung weltpolitischer Konkurrenzen ab den 1880er Jahren auf Territorialpolitiken basierte, unterschied. Weiterhin beleuchteten sie mit dem Konzept die Kollaborationspraxis mit nicht-europäischen Eliten. Vgl. dagegen: Platt, *Some Reservations*, 1968.

20 Vgl. Bull/Watson (Hg.), *Expansion of International Society*, 1984; Mommsen/de Moor (Hg.), *European Expansion*, 1992.

21 Auf diese Weise wurde auch die Meiji-Modernisierung lange Zeit untersucht, d.h. als eine entwicklungspolitische Erfolgsgeschichte westlicher Provenienz, vgl. Burks (Hg.), *The Modernizers*, 1985; Martin, *Japan and Germany*, 1995.

europäischer »rationalization«, »Western philosophical ideas, particularly Enlightenment ideals, but also industrialization, professionalization and the reordering of the world.«²²

Entgegen solch einseitiger Deutungen, die die Initiativen nicht-europäischer Eliten und die destruktiven Effekte europäischer Imperialpolitik unterbetonen, akzentuieren andere Studien, wie z.B. Suzuki Shogos »Civilization and Empire« von 2009, realpolitische Dimensionen der nicht-europäischen Konfrontation mit der internationalen Ordnung. So beschreibt Suzuki, wie die Meiji-Elite die erfolgreiche Integration Japans in die westliche Weltordnung vor allem dadurch gewährleistete, dass sie deren machtpolitischen Bedingungen beantworteten.²³ Im Einklang mit dieser Interpretation akzentuiert auch die vorliegende Studie machtpolitische Handlungsbedingungen im Kontext des informellen Imperialismus und erörtert politische Strategien, mit denen die Spannungen zwischen machtpolitischer Konfrontation und internationaler Kooperation überbrückt wurden. Jane Burbank und Frederic Cooper, die in »Empires in World History: Power and the Politics of Difference« (2010) betonen, dass die imperialpolitisch geprägte Globalisierung kein linearer Prozess der Modernisierung, Nations- und Weltkultur-Bildung war, sondern wesentlich von Fragmentierung, Disparität und Desintegration gekennzeichnet war, haben den Begriff der »Machtrepertoires« (»repertoires of imperial power«) angeführt, um damit das Spektrum von Herrschaftsstrategien, die nicht selten pragmatisch, improvisiert und von Veränderungen herausgefordert waren, beschreibbar zu machen.²⁴ Solche Machtrepertoires können z.B. mit verschiedenen Dimensionen der Imperialpolitik identifiziert werden. Die vorliegende Studie vollzieht den informellen Imperialismus anhand der handels-, rechts- und diskursimperialen Dimension, die Thema der einzelnen Kapitel (2–4) sind, nach.²⁵ Diese Handlungsebenen, die realiter miteinander verschränkt waren, sind mit unterschiedlichen politischen Strategien, Ressourcen, Plattformen und Akteuren verbunden. Auf allen Ebenen wurden Machtrepertoires ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dadurch aktualisiert, dass die neue Bedeutung der Öffentlichkeit und Wissenschaft in politische Strate-

22 Barton, *Informal Empire*, 2014, S. 3, 9f.

23 Suzuki, *Civilization and Empire*, 2009; Howland, *Japanese Sovereignty*, 2016.

24 Burbank/Cooper, *Empires in World History*, 2010, S. 3ff.

25 Semmel, *Free Trade Imperialism*, 1970; Robinson/Wilburn et al. (Hg.), *Railway Imperialism*, 1991; Headrick, *The Invisible Weapon*, 1991; Kayaoğlu, *Legal Imperialism*, 2010; Said, *Orientalism*, 1978.

gien einbezogen wurden. Während die medienhistorische Forschung zum Zusammenhang von medialen Öffentlichkeiten und Imperialpolitik noch jüngeren Datums ist, hat die Wissenschaftsgeschichte zum (kolonialen) Imperialismus bereits reichhaltig geforscht,²⁶ wobei für den informellen Imperialismus wenig Studien zur Rolle von Wissenschaft bzw. Wissenschaftlern vorliegen. Die Hauptakteure des informellen Imperialismus werden vorwiegend in Unternehmern, Bankiers, Diplomaten, Missionaren und Ingenieuren aufgesucht, die, zumeist aus Europa, in fernen Regionen finanzielle, personale und technische Ressourcen im Austausch für Handelsvorteile gewährleisteten. Für Meiji-Japan, das für die Umsetzung von Reformen im außergewöhnlich hohem Ausmaß westliche Wissenschaftler engagierte, liegen, wie oben bereits skizziert wurde, Studien zur Akteursgruppe der ausländischen Experten vor. Deren imperialpolitische Rolle wurde allerdings bisher nur kaum konturiert, vor allem da deren informelle Tätigkeiten noch nicht systematisch erfasst wurden.

Die vorliegende Studie akzentuiert eine spezifische imperialpolitische Bedeutung und Wirksamkeit der Experten-*Oyatoi* und begründet diese mit dem spezifischen sozialen Rollenbild und Selbstverständnis der Experten als Akademiker/Wissenschaftler. Das akademische Image suggerierte, dass Experten im Unterschied zu den zentralen Akteuren des informellen Imperialismus (Händler und Diplomaten, denen unfaire Vorgehensweisen und machtpolitische Agenden zugeschrieben waren) aus professionellem Ethos Objektivität und Neutralität wahrten. Auf der Grundlage des akademischen Renommées repräsentierten die hochqualifizierten *Oyatoi* in Japan so einerseits die Zivilisierungsmission und damit die positiven Aspekte der internationalen Beziehungen. Andererseits verhalf die Instrumentalisierung ihrer wissenschaftlichen Autorität politischen Akteuren dazu, im Rahmen zeitgenössischer Aufmerksamkeitsökonomien politisch-perspektivischen Narrativen öffentliche Reichweite und Glaubwürdigkeit zu verleihen. Ihre imagepolitische Bedeutung und Wirksamkeit verdichtete sich vor dem Hintergrund, dass Öffentlichkeiten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu immer wichtigeren Plattformen des Politischen wurden und dass politische Agenden und Vorgehensweisen im Rahmen des informellen Imperialismus von Legitimitätsdefiziten, die aus dem Widerspruch von Repräsentation und Praxis erwachsen, durchdrungen waren. Das akademische An-

26 Vgl. u.a. Kaul (Hg.), *Media and the British Empire*, 2006; Winseck/Pike, *Communication and Empire*, 2007; Hodge, *Triumph of the Expert*, 2007; Roque/Wagner (Hg.), *Engaging Colonial Knowledge*, 2012.

sehen der Experten und somit ihr repräsentatives Kapital gegenüber Öffentlichkeiten erweiterte das Machtrepertoire politischer Akteure im multilateralen Beziehungsgeflecht in Meiji-Japan. Mit dem Fokus auf die Akteursgruppe der Wissenschaftler und die Bedeutung von Öffentlichkeit und Repräsentation im Kontext des informellen Imperialismus in Japan/Ostasien, aber auch durch die Verortung der *Oyatoi*-Rolle im Schnittbereich vielseitiger imperialpolitischer Agenden, so vor allem der britischen, deutschen und japanischen Regierung, möchte die vorliegende Studie einen Beitrag zur Imperialismusforschung leisten.

Die öffentliche und politische Rolle von akademischen Experten vor und um 1900

1820 schrieb der französische Gesellschaftstheoretiker Henri de Saint-Simon: »As long as governments protect the learned, in theory and practice, one remains in the old regime [...]. But from the moment the learned protect governments one really begins the new regime.« Achtzig Jahre später, 1900, beschrieb der kanadische Mathematiker Simon Newcomb den neuen Typus des wissenschaftlichen Politikberaters als »subordinate« der Politik: »His proper functions are to do what he is told, to apply his experience to the case before him, and to give his chief the benefit of his attainments. If his opinions happen, for the moment, to be opposed to the popular view, he may get himself or his chief into difficulty by trying to give them effect.«²⁷ Zwischen diesen Aussagen brach nicht nur das *scientific age* an, sondern lagen auch Anspruch und Wirklichkeit des Strebens von Wissenschaftlern, gesellschaftspolitischen Einfluss zu gewinnen. Wiewohl Herrscher sich seit jeher von Gelehrten und Trägern von Spezialwissen beraten ließen, verdichtete sich im 19. Jahrhundert im Zuge der akademischen Professionalisierung ein diskursiver Referenzrahmen für die Selbstverortung von Wissenschaftlern. Mit der Ausformung eines kollektiven Selbstverständnisses von Wissenschaftlern, das sich in solchen neuen, zwischen den 1830er und -80er Jahren gebräuchlich werdenden Schirmbegriffen, wie jenem des »scientist«, des »Spezialisten« oder des »senmonka«²⁸ artikulierte

²⁷ Newcomb, *Science and the Government*, 1900, S. 667; Kelly, *The Expert*, 1963, S. 540.

²⁸ Mit dem Begriff »scientist« grenzte der Cambridge-Philosoph William Whewell (1833) den Spezialisierungscharakter der *sciences* von den universalen Ansprüchen der spekulativen (Natur-)Philosophie ab. Vgl. Meinecke, *Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik*, 1922; Marshall, *Professors and Politics*, 1996, S. 296ff.; Motoyama, *Proliferating Talent*, 1997, S. 317ff; Burke, *Social History of Knowledge*, 2012.

und einen *esprit de corps* von Wissenschaftlern als epistemische Gemeinschaft bildete, verschob sich gleichermaßen das Verständnis dessen, wie wissensbasierte Autorität gesellschaftlich definiert bzw. wem gesellschaftliche Deutungshoheit zugerechnet wurde.²⁹ Im Rahmen der akademischen Spezialisierung bewarben und definierten Wissenschaftler öffentlich die politische Bedeutung der Wissenschaften, die sie aus der Abgrenzung wissenschaftlicher von politischen Kompetenzen ableiteten. So wurde ein besonderes Innovationskapital wissenschaftlicher Forschung über die wissenschaftliche Autonomie von der politischen Sphäre hergeleitet und dabei wissenschaftliche Theorie, Objektivität und Interessensneutralität nicht nur als erkenntnisbedingende Prämissen gesetzt, sondern als soziale Rolleneigenschaften stilisiert und der politischen Haltung/Perspektive insofern gegenübergestellt, als letztere als subjektiv, tagespolitisch kurzsichtig und interessenspolitisch korrumpiert abgewertet wurde.

Aus der öffentlichen Verhandlung der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Wissenschaften leitete sich die Bestimmung der neuen Sozialfigur des wissenschaftlichen »Experten« ab, die erstmals begrifflich als solche gefasst und der die qualitativen Attribute des Wissenschaftsideals übertragen wurde.³⁰ Im Unterschied zu frühneuzeitlichen Qualitäten von politisch relevantem Spezialwissen, das sich aus Erfahrungsexpertise speiste, galten nun akademische Theoriekompetenz und Interessensfreiheit als primäre Qualitäten politisch relevanter Expertise. Die politische Bedeutung dieser neuen Sozialfigur war so von dem Moment ihrer Entstehung an von einer Ambivalenz bedingt, die darin bestand, dass der Experte im Kontrast zur öffentlichen Repräsentation seiner wissenschaftlichen Erkenntnisbedingung den politisch-ökonomischen Interessen seiner Auftraggeber zuarbeitete und dabei alles andere als neutral/objektiv war. Es ist der zentrale Befund der vorliegenden Arbeit, dass aus der Ambivalenz zwischen wissenschaftlicher Repräsentation und politischer Praxis machtpolitisch produktive Effekte erwachsen. Die Repräsentation des wissenschaftlichen Experten als unabhängig und objektiv, wurde in dem Moment zu einer politisch-produktiven Ressource als im Zuge der Öffentlichkeitserweiterung und der Diskreditierung elitär-autoritärer Herrschaftspraktiken die Legitimität politischer Agenden, die populären Gleichheitsethiken entgegenstanden, in Frage gestellt wurde. So verhalf die formale, öffentliche Repräsentation der Wissenschaft politischen Akteuren dazu, im anbrechenden Öff-

29 Shapin, *Social History of Truth*, 1994; Haas, *Epistemic Communities*, 1992.

30 The Encyclopedia Britannica, *sn.* expert, 1910, S. 80f.

fentlichkeitszeitalter öffentliche Repräsentation von internen Agenden zu scheiden und durch indirekte Politiken herrschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten zu wahren bzw. zu erhöhen.

Inhaltlich beförderten wissenschaftliche Methoden politische Möglichkeiten der Ressourcenakkumulation und Kontrollnahmen. Die formale, d.h. repräsentative Funktion der Wissenschaft war umfassender und politisch hoch relevant. Im Zuge der institutionellen wie diskursiven Systematisierung der Wissenschaftsdisziplinen und der Stilisierung des Ideals der reinen Wissenschaft wurde das naturwissenschaftliche Objektivitätskriterium auch auf gesellschaftswissenschaftliche Analysen, die stärker der subjektiven Interpretation unterliegen, übertragen und bedingte, dass kontingente Gesellschaftsprozesse als universale Entwicklungslogiken objektiviert wurden. Die wissenschaftliche Imprägnierung der Deutung gesellschaftlicher Zusammenhänge hatte zur Folge, dass z.B. bürokratische Herrschaftskontrolle als Rationalisierung, kapitalistische Übervorteilung als eigendynamische Wirtschaftsprozesse, Imperialismus als ausdehnende Weltzivilisierung und allgemein gesellschaftliche Entwicklungen in modernisierungstheoretischen Paradigmen begriffen wurden. Die gesellschaftswissenschaftliche Objektivitätsperspektive beförderte den Effekt, dass die Initiierung, Lenkung oder Förderung solcher sich zu Strukturen verfestigenden Prozesse durch konkrete Akteure und deren Partikularinteressen nicht erfasst und kommuniziert wurden und somit half, Partikularinteressen gleichzeitig zu realisieren und zu verbergen. Ein weiteres Moment des formalen Repräsentationskapitals der Wissenschaften, das sich zu einem politischen Einflussmittel übersetzte, betraf die Repräsentation der Wissenschaftler selbst. Im Zuge der steigenden politischen und sozioökonomischen Bedeutung von Wissenschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, die sich darin artikulierten, dass politische Vertreter Bildung als Ressource zur Steigerung der nationalen Wirtschaftsleistung, Forschungen als »moderne Waffen« und Ingenieure als »Soldaten« auf dem internationalen Kampfplatz nationaler Machtbehauptung bewerteten, profilierten Wissenschaftler ihre gesellschaftliche Rolle in Auseinandersetzung mit der Frage, in welchem Verhältnis Wissenschaft und Politik zueinander stünden. Indem britische, deutsche und japanische Bildungsreformer um 1860 in der Beobachtung gesellschaftlicher Krisenphänomene einen utilitaristischen Wissensbegriff gegen die Kulturbildung der aristokratischen Herrschaftseliten ins Feld führten, die sie als irrelevante Luxusbildung und von der sozioökonomisch prekären Gegenwart überholt bewerteten, verhandelten die Intellektuellen

nicht nur die politisch-wirtschaftliche Bedeutung ihres Wissens, sondern auch normative Vorstellungen darüber, wie sich politische Autorität und Teilhabe gestalten sollte. Mit ihren Forderungen einer meritokratischen Begründung politischer Herrschaft stellten sie die politische Befähigung der Aristokratie in Frage, identifizierten den oligarchischen Herrschaftsstil mit Patronage, Verschwendungslust und Intransparenz und brachten in dezidiert abgegrenzter Form zu diesen Prinzipien sich selbst als meritokratische Führungselite zur Sprache. Dieses Abgrenzungsmotiv blieb im Zuge der stetig steigenden Bedeutung der Wissenschaften und der Stilisierung des *pure science*-Wissenschaftsideals vor und um 1900 nicht nur wirksam, sondern wurde in zunehmendem Maße strukturell begründet. Während der politische Glaubwürdigkeitsverlust ein über wissenschaftliche Diskurse hinausgehender Gemeinplatz parlamentarisch-presseöffentlicher Kritikkultur war, inszenierten Wissenschaftler mit dem Ideal der reinen bzw. autonomen Wissenschaft ihren selbstreferentiellen Anspruch auf Deutungshoheit aktiv und öffentlich. Dieser akademische Anspruch und das damit implizierte Vertrauenskapital gewannen im 19. Jahrhundert insofern an Relevanz, als ökonomische, gesellschaftliche und innen- wie außenpolitische Ordnungen im Wandel begriffen waren und Bedürfnisse nach Orientierung stimulierten. Wie Anthony Giddens, Alexander George oder Peter Haas herausgestellt haben,³¹ wächst die Bedeutung von Experten insbesondere in Phasen gesteigerter Ungewissheiten, durch welche hindurch sie mit Deutungen und Prognosen steuern, auch wenn ihrer Expertise aus Laiensicht nur zu glauben bzw. zu vertrauen ist.

Die akademische Repräsentation und das von dieser auf den Typus des Experten übertragene Glaubwürdigkeitskapital übersetzte sich im Rahmen einer durch erweiterte Öffentlichkeitsstrukturen (der schichtunabhängigen politischen Diskussion) definierten gesellschaftlichen Aufmerksamkeitsökonomie zu einer politisch relevanten Ressource. Auch wenn im Einklang mit zeitgenössischen gesellschaftswissenschaftlichen Theorien die elitäre Steuerung gesellschaftlicher Dynamiken vor allem auch mit Hinsicht auf das internationale Kräfteressen als modern und geboten galt, waren solche autoritär-elitären Agenden im Kontext der sozialen Frage und von Demokratiebewegungen unpopulär und beförderten Vertrauensverluste in die Regierungen, deren Handlungsräume sich durch Presseöffentlichkeiten und parlamentarische Oppositionen eingrenzten. Einen solchen Zusam-

31 Giddens, *Consequences of Modernity*, 1990; Haas, *Epistemic Communities*, 1992.

menhang erörterte z.B. der japanische Intellektuelle Fukuzawa Yukichi 1874 als er die Politik zwar verpflichtet sah, den Kurs der Bevölkerung zu lenken, doch dabei sich das Problem stellte, dass im Unterschied zur Vergangenheit regierungsseitige Bevormundung die politische Loyalität der Bevölkerung auf das Spiel setze, so dass Fukuzawa betonte, es sei »better to persuade than to command«, womit er sich (wie europäische Intellektuelle zur selben Zeit auch) auf einen Wandel politischer Herrschaftslegitimation bezog. Aus diesem Phänomen leitete Fukuzawa das Gebot, »to guide the people tenderly« ab, d.h. dass Herrschaftsmittel sich äußerlich an die Bedürfnisse der Bevölkerung anpassen und politische Einwirkungen auf innerliche Wertesysteme abzielen sollten.³² In einem ähnlichen Argumentationsnexus kritisierte Bernhard von Bülow 1893, dass im Kontext der von Leo von Caprivi projektierten und öffentlich umstrittenen Aufstockung des Heerkontingents »die Militärvorlage nicht geschickt inszeniert wurde« und man gewahr sein müsse, dass in der gegenwärtigen »Zeit schrankenloser Publizität« »sich Mediokritäten zu rasch« verbrauchen und »Puppen zu schnell als Puppen erkannt« würden. In einer zweckrationalen Logik beschrieb Bülow, wie der Strukturwandel der Öffentlichkeit ein strategisches Positionieren der Regierung verlange, um keine »Einbuße(n) an Autorität« zu riskieren. So müssten öffentlich wahrgenommene Positionen taktisch richtig besetzt werden, öffentlich als inkompetent wahrgenommene Mittler, die Bülow mit einem Bild, das auf den funktionalen Aspekt einer Strategie der Inszenierung hinweist, als »Puppen« bezeichnet, würden allzu schnell »zu sicher jedes System« »diskreditieren.«³³

Was den Überlegungen von Fukuzawa und Bülow gemeinsam war, war die Einsicht, dass autoritäre Herrschaftspraktiken in der politischen Gegenwart nicht mehr legitim schienen, gleichzeitig sich aber solche Praktiken inhaltlich kontinuierieren ließen, sofern formal dem öffentlichen *common sense* entsprochen würde, d.h. dass über Repräsentationsstrategien eine höhere Akzeptanz politisch prekärer Inhalte generiert bzw. solche Inhalte indirekt und informell, d.h. ohne als solche erkannt zu werden, realisiert werden könnten. An ebendiesem Phänomen verdichtete sich die historiographisch

32 Fukuzawa, *Encouragement of Learning*, (1872/76) 1969, S. 31: »the governments of the past used force, but the present regime uses both force and intelligence. In contrast to the former, the latter is rich in techniques of controlling the people. Past governments deprived the people of power; the present regime robs them of their minds. Past governments controlled men externally, the present regime controls their interior as well. The former was a devil to the people, the latter is now a god.«

33 Roehl (Hg.), *Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz*, 1979, S. 1007.

für das 19. Jahrhundert bisher kaum konturierte repräsentative Funktion von Experten/Expertise für politische Strategien. So bestand der politisch hohe Wert von Experten nicht allein im inhaltlichen Gehalt ihrer Expertisen. Im Kontext politischer Glaubwürdigkeitsdefizite und im Zuge des Bedeutungsgewinns der Wissenschaften, der vermittelt des von Akademikern stilisierten *pure science*-Ideals mit einem exklusiven Anspruch auf objektive Urteilskompetenz einherging, kapitalisierte sich über die akademische Persona deren gesellschaftlich zuerkannte Glaubwürdigkeit zu einer politischen Währung der Vertrauensgenerierung. Im innenpolitischen Bereich kamen Legitimitätsprobleme und Vertrauensverluste z.B. dort auf, wo politische Eliteninteressen und oligarchische Entscheidungsstrukturen mit einer politischen Ethik der Transparenz und staatsbürgerlichen Gleichheit im Widerspruch standen. Im außenpolitischen Bereich stellten sich insbesondere dann Legitimitätsprobleme her, wenn imperiale Praktiken und zeitgenössische Normvorstellungen reflektierende Repräsentationen divergierten. Dies war, wie bereits skizziert wurde, im besonderen Maße im informellen Imperialismus der Fall.

Ein zentrales Thema der Forschung zur Expertengeschichte ab 1860 ist die Frage, wie sich das Verhältnis von Wissenschaft und Politik gestaltete bzw. veränderte, wobei im Unterschied zur frühneuzeitlichen Expertenforschung der Akzent auf eine mit der wissenschaftlichen Professionalisierung einhergehende Zäsur gelegt wird. Das sich wandelnde Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft vor und um 1900 wird dabei oft als eine »immer stärker werdende Interaktion« zwischen Politik und Wissenschaft gekennzeichnet, die z.B. als eine neuartige »Politisierung von Wissenschaft und Verwissenschaftlichung von Politik« beschrieben wird.³⁴ Dementsprechend habe es vor dem und im 19. Jahrhundert allenfalls »Vorformen und Anfänge wissenschaftlicher Politikberatung« gegeben und aus den »frühen Anfängen eines informellen, fast durchweg persönlichen Beratertums« habe »der Trend im 20. Jahrhundert zur Institutionalisierung und Verstetigung des Austauschs von Sachverstand und Politik« geführt. Während diese Beobachtung angesichts der Ausweitung institutioneller Strukturen unabweisbar ist, stellt sich doch die Frage, inwiefern ein früheres bzw. frühneuzeitliches Verhältnis weniger interaktiv gewesen wäre. Des Weiteren mutet diesem Narrativ eine teleologische Perspektive an, nach welcher die Prozesse der Professionalisierung und Rationalisierung als eigendynamische Ent-

34 Vgl. Ash, *Wissenschaft und Politik*, 2001. Vgl. auch Bruch v., *Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung*, 1980.

wicklungstrends steigender Systematisierung erscheinen, mit zunehmender Transparenz und De-Hierarchisierung verbunden und einer »vormodernen von asymmetrischen Patronagestrukturen getragenen Informalität, die sich durch das »Geheimnisvolle und Undurchsichtige« auszeichnete, gegenübergestellt werden.³⁵ Entgegen der Perspektive, die in der zunehmenden wissenschaftlich-politischen Interaktion ein spezifisches Signum moderner Rationalisierung erkennt, soll hier nicht von bereits getrennten Bereichen, die einander zum Zwecke einer gesellschaftsregulativen Kooperation zunehmend »durchdrangen«, ausgegangen, sondern die inszenierte, diskursive Trennung beider Bereiche als ein die moderne wissenschaftlich-politische Kooperation definierendes ideologisches Moment betont werden.³⁶ Auf dieser Grundlage sind auch informelle politische Praktiken im Zuge der öffentlichen Kommunikation moderner Demokratie- und Wissenschaftsideale des 19. Jahrhunderts erst als solche zu definieren.

Die soziologische und historiographische Expertenforschung³⁷ hat entgegen früheren positivistischen Perspektiven in jüngerer Zeit die aktive Konstruktion und Performanz der mit der Expertenfigur verbundenen sozialen Rollenbilder in den Blick genommen. Hierbei wird sich intensiv dem Paradox gewidmet, das der Expertenfigur als inhärente Spannung zugeschrieben wird. Der Forscherkreis um Joris Vandendriessche und Evert Peeters hat als drei »fundamental features of modern scientific expertise« herausgestellt, dass Experten 1.) sich vermittels des Bezugs auf die eigene wissenschaftliche Kompetenz von anderen »players on the field« unterschieden und damit als distinkte soziale Gruppe definierten, 2.) sich durch die sich verengende Verbindung mit der politischen Ebene einem neuen Problem der Glaubwürdigkeit gegenübergestellt sahen und 3.) durch die Spannungen zwischen den ersten beiden Charakteristiken eine »paradoxe« Position einnahmen, die über eine Ideologisierung, d.h. technokratische und positivistische Evaluation der Expertenrolle ausgeglichen wurde.³⁸ Eine prägnantere Erörterung der ambivalenten Experten-Rolle gibt Stephen Hilgartner in Referenz auf Erving Goffman, indem er die Teilung einer

35 Kraus, *Vorformen und Anfänge*, 2004, S. 59ff.

36 Vgl. Habermas, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, 1968.

37 Vgl. die Forschungsdiskussion in Kapitel 1. Rabier (Hg.), *Fields of Expertise*, 2007; Ash, *Expertise and the Early Modern State*, 2010; Hodge, *Triumph of the Expert*, 2007; Kohlrusch/Steffen et al. (Hg.), *Expert Cultures*, 2010. Für den Zeitraum vor und um 1900: Larson, *Production of Expertise*, 1984; Rodogno/Struck et al. (Hg.), *Shaping the Transnational Sphere*, 2015; Vandendriessche/Peeters et al. (Hg.), *Scientists' Expertise*, 2015.

38 Vandendriessche/Peeters et al. (Hg.), *Scientists' Expertise*, 2015, S. 7ff.

»frontstage«- und »backstage«-Performanz von Experten gegenüber ihren Audienzen beschreibt.³⁹ Das aus der zweigeteilten Performanz erwachsende Paradox scheint von der Forschung als strukturimmanent insofern akzeptiert zu werden, als zwar anerkannt wird, dass Experten den wissenschaftlichen Objektivitätsnimbus strategisch einsetzen, um gesellschaftliche Anerkennung zu akkumulieren, was dann in einen Widerspruch zur tatsächlichen Praxis (der Kooperation mit technokratischen Kontrollpolitiken und Informationsregimen) geriet, aber bisher kaum gefragt wurde, inwiefern das Motiv der neutralen Wissenschaft als repräsentativer Gegenpart zur parteilichen und interessegeleiteten Politik seinerseits Produkt und Ressource *politischer* Strategien war. Dass ebendiese Dichotomie zwischen tatsächlicher und repräsentativer Funktion unmittelbar im Zusammenhang der Entstehung der Expertenfigur vor und um 1900 als politische Ressource reflektiert und wahrgenommen wurde, d.h. dass politische Akteure eine solche Dichotomie als produktive Grundlage informeller Einflussnahmen nutzten und kultivierten, ist ein Phänomen, das bisher von der historischen Expertenforschung kaum erörtert wurde.⁴⁰ Um die repräsentative Rolle der Experten, die im informellen Imperialismus für Politiken der Inszenierung bedeutend war, konturieren zu können, werden in der vorliegenden Studie die sich verschärfenden diskursiven Trennlinien zwischen Wissenschaft und Politik betont, auf deren Grundlage sich nicht nur ein neues qualitatives Verhältnis beider Bereiche ermöglichte, sondern mit deren Inszenierung auch neue politische Ressourcen freigesetzt wurden. Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit als handlungsbedingende Gesellschaftsfelder zu sehen, deren wandelnde Beziehung zueinander einer »Um- und Neugestaltung von Ressourcenensembles« (Mitchell Ash) entsprechen, ermöglicht, analog zum »Machtrepertoire«-Konzept von Burbank und Cooper, machtpolitische Strategien zu identifizieren, mit denen sich wandelnde Handlungsbedingungen beantwortet wurden.

Methodischer Ansatz und Kapitel Aufbau

Die vorliegende Studie legt zur Beantwortung der Frage, mit welchen Strategien politische Akteure machtpolitische Spielräume im Kontext sich wandelnder Handlungsbedingungen im informellen Imperialismus in Japan/

39 Vgl. zur Bühnenmetapher: Hilgartner, *Science on Stage*, 2000. Vgl. zum Paradox: Weingart, *Paradoxes of Science in Politics*, 1999.

40 Vgl. hierzu Haskell (Hg.), *The Authority of Experts*, 1984.

Ostasien behaupteten bzw. erweiterten, primär diplomatische Akten zugrunde, die in den Archiven der Außenministerien in London, Berlin und Tokyo recherchiert wurden. Eine weitere zentrale Quellengruppe sind die Korrespondenzen und Veröffentlichungen ausgewählter Experten-*Oyatoi*. Darüber hinaus werden auch nicht direkt mit Meiji-Japan verbundene wissenschaftliche und journalistische Publikationen einbezogen, um zeitgenössische Werte- und Wissenshorizonte eingrenzen zu können. In der Verbindung von imperialismus-, wissenschafts- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen folgt die Studie Trends der neuen Diplomatiegeschichte, die politische Perspektivität und Mentalität, Logiken der Repräsentation, Kommunikation und Inszenierung etc. auf diplomatische Handlungsressourcen rückbezieht. Mit einer transnationalen Blickrichtung wird dem multiperspektivischen und multilateralen Verflechtungscharakter der imperialen Begegnung, der den informellen Imperialismus in Japan kennzeichnete, Rechnung getragen. In der Erfassung des *Oyatoi*-Phänomens als eine imperialpolitische Handlungsschnittstelle, an welcher sich vielseitige nationale Perspektiven, Strategien und Interessen überkreuzten, konfrontierten und gegenseitig bedingten, wird die imperialpolitische Expertenstrategie als eine zwar europäisch geprägte, gleichzeitig aber als eine für alle involvierten Regierungen und ihre perspektivischen Standpunkte sinnstiftende Strategie herausgestellt, die durch analoge Handlungsbedingungen im Kontext des informellen Imperialismus an Relevanz gewann. Damit nimmt diese Studie selbst einen perspektivischen Analysewinkel ein. So werden nationale Unterschiede, verfassungspolitische und kulturgeschichtliche Divergenzen unterbetont und eine Analogieperspektive angeregt, mit der äquivalente Handlungsmotive und -bedingungen und damit auch Handlungsschnittstellen deutlicher beleuchtet werden können. In diesem Winkel werden transfergeschichtliche Fragestellungen angesichts einer reichhaltigen Literatur zum Thema nicht problematisiert, auch wenn diese Dimension mitgedacht werden muss.⁴¹ Im ersten Kapitel z.B., das in verschiedene gesellschaftliche Zusammenhänge verankerte Diskursanalogien am Beispiel von britischen, deutschen und japanischen Bildungsdebatten ab 1850 ideengeschichtlich rekonstruiert, wird gezeigt, dass allseits unter spezifisch-historischen Bedingungen eine utilitaristische Umbewertung dessen stattfand, was als hegemoniales Wissen akzeptiert wurde, womit gleichzeitig gesellschaftliche Strukturreformen diskutiert wurden. Bezieht man sich z.B. auf die

41 Vgl. u.a.: Morishima, *Why Has Japan Succeeded?*, 1982; Westney, *Imitation and Innovation*, 1987; Howland, *Translating the West*, 2001.

Agenten der Bildungs- und Gesellschaftsreformen nicht als eine Klasse wie es im Begriff des Bürgertums signifiziert ist und die man vom Samurai-Adel unterscheiden würde, sondern fasst man deren gesellschaftliche Position um 1850 in erweitertem und transregional gültigem Sinne als Subeliten, die sich gegen Herrschaftseliten absetzten, jedoch nach 1870 mit der steigenden politischen Relevanz ihrer Wissensressourcen und angesichts paralleler Gesellschaftsentwicklungen des Auftriebs demokratischer Mentalitäten eine neue Abgrenzung nach unten vornahmen, die in eine neue Elitenkohärenz mündete – dann werden analoge Handlungsbedingungen und Werte horizonte sichtbar, in deren Rahmen die Expertenstrategie inter- und transnational politisch sinnstiftend war.

Mit der Analogieperspektive verbunden ist die Perspektive der Simultaneität. Die japanischen Verantwortlichen studierten seit den 1850er Jahren in der Erfahrung der internationalen Diskriminierung Japans die Parameter der europäischen Gesellschafts- und Internationalordnungen zu einer Zeit, als deren Kategorien selbst im Wandel begriffen waren. Die Gleichzeitigkeit von Gesellschaftsprozessen nach 1870 (beschleunigte Industrialisierung, soziale Frage, Demokratisierung, Professionalisierung, Öffentlichkeitserweiterung, Imperialismus/Globalisierung usw.) brachte entgegen älteren modernisierungstheoretischen bzw. transfergeschichtlichen Einschätzungen eines entwicklungspolitischen Zeitabstands, mit welchem suggeriert wurde, dass europäische Konzepte bereits gefestigt waren, die dann nach Japan übertragen wurden, eher das Phänomen hervor, dass nach 1870 implizites Wissen überall erst explizit wurde (z.B. neue Strategien politischer Informalität und Inszenierung) und viele, später wirksame Konzepte noch *concepts-in-progress* waren. In diesem Sinne war es möglich, dass die japanischen Verantwortlichen aufgrund ihrer vielseitigen Informationskanäle (z.B. Korrespondenzen mit wissenschaftlichen Koryphäen wie Herbert Spencer oder Paul Leroy-Beaulieu und nicht zuletzt die *Oyatoi gaikokujin*) mit den theoretischen und praktischen Entwicklungen in Europa und den USA *up to date* waren. Derart ist auch Frederic Haskins eingangs zitierte Aussage zu verstehen, dass die Meiji-Regierung in den modernsten Techniken der Diplomatie, d.h. informelle Einflussnahmen unter Einbeziehung von Öffentlichkeit und Wissenschaft, derart avanciert gewesen sei, dass diese Techniken sich dem Verständnis führender Kenner der internationalen Beziehungen entziehen würde. Die in Kapitel 4 behandelte verdeckte Meiji-Pressediplomatie, auf die sich Haskin bezog, und die als Konzept erst zwanzig Jahre später u.a. von Edward Bernays in seinem Werk »Propagan-